



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Harald Güller, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Belegausgabepflicht zur Bekämpfung von Kassenbetrug

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hält das „Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“, wonach Händler ab dem 1. Januar 2020 u. a. verpflichtet sind, ihren Kunden einen Beleg auszustellen, für zweckmäßig und erforderlich, damit durch eine Belegausgabepflicht Kassenbetrug wirksam bekämpft werden kann.

Begründung:

Dem Staat, also allen Bürgerinnen und Bürgern, gehen durch Steuerbetrug mit manipulierten Kassen jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge verloren. Steuern werden hinterzogen, indem die Umsätze nach unten manipuliert werden. Daneben können manipulierte Kassen auch zur Geldwäsche verwendet werden: Umsätze werden künstlich erhöht, um Geld zu waschen.

Faire und korrekt abrechnende Einzelhändler, etwa Bäcker, Fleischereien, Gemüsehändler, Wok's, Gaststätten, Kioske, Friseure, haben einen riesigen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren unehrlichen Wettbewerbern. Der Ehrliche ist der Dumme, weil es unfaire Marktteilnehmer bzw. Wettbewerber gibt, die die Mehrwertsteuer hinterziehen, ihre Lieferketten manipulieren und auch Mitarbeiter schwarz oder prekär beschäftigen. Dabei geht es nicht um Peanuts, es geht um zweistellige Milliardenbeträge – jedes Jahr. Wie das möglich ist? Durch Kassenmanipulation. Mit den manipulierten Kassen werden die Umsätze und damit der Gewinn manipuliert.

Dreh- und Angelpunkt des Betrugs sind die manipulierbaren Kassen. Deshalb ist das in diesem Jahr in Kraft getretene Gesetz ein wirksamer Beitrag, um Steuerhinterziehung zu vermeiden und den ehrlichen Wettbewerb zu stärken.